

# Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises

MITTEILUNGSBLATT FÜR ALLE BEHÖRDEN DES KREISES

Herausgeber Kreisverwaltung: Kreisausschuss und Landrat

Nr. 47

04. November

2010

## **Rede des Landrats Berthold Gall zur Einbringung des Haushaltsplanes 2011 in der Sitzung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises am Montag, den 01. November 2010**

*(Die komplette Rede mit Schaubildern kann unter [www.mtk.org](http://www.mtk.org) abgerufen werden)*

Es gilt das gesprochene Wort !

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

in Presseveröffentlichungen der vergangenen Wochen wird vor einer Finanzkrise der Kommunen bisher unbekanntes Ausmaß gewarnt. Auch der Begriff „Finanz-Kollaps“ taucht da auf. Obwohl die Kommunen seit Jahren eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgen würden, so steht da zu lesen, habe sich das Finanzloch bei Städten und Gemeinden immer weiter geöffnet. Neben der konjunkturellen Stagnation werden dafür auch Steuersenkungen verantwortlich gemacht, die noch die rot-grüne Bundesregierung beschlossen hatte.

Der Bankenkrise 2008 folgte ein Konjunkturerinbruch, von dem sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wohl am besten erholt hat. Von diesem Einschnitt, der sich vor allem in den Gewerbesteuererträgen widerspiegelt, werden die Kreise zeitversetzt getroffen. Deshalb spüren wir die Steuereintrübe unserer Kommunen über die Kreisumlage.

Im Jahr 2011 sieht es bei den Kommunalfinzen noch düsterer aus: das Land Hessen will das Finanzausgleichsgesetz ändern; das Land will die Grundlagen verringern, aus denen etwa die Schlüsselzuweisungen berechnet werden. Konkret würden den Kommunen damit insgesamt 360 Millionen Euro genommen. Außerdem sollen Landkreise und kreisfreie Städte ab 2011 keine Zuweisungen mehr aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer erhalten. Die kreisangehörigen Kommunen werden unterdessen mit einer Kompensationsumlage belastet. Was das für unseren Kreishaushalt bedeutet, werde ich gleich noch erläutern.

Während wir einerseits weniger einnehmen, müssen wir andererseits mehr ausgeben. Die Lasten in der Sozialhilfe - dort besonders die Grundsicherung, die Zahlungen für Unterkunftskosten - und die Lasten in der Jugendhilfe werden immer drückender. Auch wenn die gesamtwirtschaftlichen Daten sich derzeit günstig entwickeln, heißt das noch lange nicht, dass sich auch die Daten bei den Sozialtransfers bessern.

Die bundesweite Debatte um Integration in diesem Jahr und die damit verbundenen Fragen des Sozialtransfers gehen in die richtige Richtung. Seit Jahren steigen die Leistungen ohne Gegenleistung an, das wird irgendwann das soziale System zum Bersten bringen. Wer Kinder hat, stellt sich zu Recht die Frage um deren Zukunft. Eines muss doch jedem klar sein: Nur durch Arbeit und Leistung kommen Einkünfte und Steuern herein, womit dann auch Dienstleistungen für Schwächere erbracht werden können. Es kann und darf nicht sein, dass die einen schufteten und die anderen sich darüber den Kopf zerbrechen, wie sie dieses Netz der sozialen Sicherung für ihre Zwecke am besten nutzen. Womöglich kommen sie dann noch ohne eigenen Beitrag zu den gleichen Nettoeinkommen durch Transferleistungen wie diejenigen, die sich redlich Tag für Tag an ihrem Arbeitsplatz abmühen und ihre Steuern, Versicherungen, Miete und anderes erarbeiten.

Hier liegt vieles im Argen, über das viel zu wenig offen und aufrichtig diskutiert wird. Wer diese Dinge beim Namen nennt, der wird schnell in die radikale Ecke gestellt. Es ist aber unsozial, wenn ein Angestellter oder Arbeiter mit 10-jähriger Berufspraxis netto kaum mehr erhält als der Transferempfänger mit Hartz IV. Und in der Folge haben die Städte und Kreise diese höheren Zahlungen als ständig wachsende Kostenbelastungen in den Haushalten. Den Trend zu Verlagerungen vom Bund über das Land auf die Kommunen beklagen Kreise, Städte und Gemeinden schon seit Jahrzehnten, ohne das sich etwas geändert hätte. Das ist bei uns in Hessen nicht anders.

Es ist sehr interessant, sich die Verschuldungsquoten in den einzelnen Bundesländern mal näher anzuschauen. Wie diese farbige Übersicht zeigt, liegen wir in Hessen, obwohl wir seit Jahrzehnten als Geberland qualifiziert sind, an der Spitze der Verschuldung dieser Länder auch und besonders in den Städten und Gemeinden. Das bedeutet: Trotz der hohen Wirtschaftskraft und der hohen Einkommen hat sich die öffentliche Hand jahrzehntelang über ihre eigene Leistungskraft hinaus freiwillig diese Lasten aufgebürdet oder sich aufbürden lassen. Da scheint doch in Hessen ein Systemfehler zu stecken, dem niemand richtig auf

den Grund geht. Und ein Blick in die Strukturen zeigt eindeutig, dass offensichtlich in anderen Bundesländern eine verständigere Auffassung zu den kommunalen Aufgaben und Verpflichtungen besteht. Die Kommunen dürfen sich nicht länger damit vertrösten lassen, es ginge ihnen im Vergleich zu den Ländern besser. Das ständige Hin- und Her-Geschiebe der Verantwortung wird noch zu größeren, weiteren Defiziten führen, wenn diese grundsätzlichen Fragen nicht bald gelöst werden.

So ergeht es auch uns im MTK. Wir werden weiter geschöpft und durch Umverteilung und flinke fiskalische Winkelzüge um Einnahmen gebracht, die unsere bisherigen Leistungen und Investitionsfähigkeiten zunehmend und nachhaltig schwächen werden. Daran ändern auch Ideen nichts, die von der Landesregierung in den vergangenen Tagen angekündigt wurden. Danach sollen den Kommunen im kommenden Jahr höhere Steueranteile ausgeschüttet werden. Besser als eine solche Abschlagszahlung aber wäre es, den Kommunen die 360 Mio. € zu lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle ausgeführt: Der Tiefpunkt bei den Steuereinnahmen steht uns noch bevor. Leider ist es auch so gekommen.

Wie Sie der Grafik entnehmen können, gehen die für die Kreisumlage maßgeblichen Steuerarten insgesamt nochmals zurück. Ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage, die von den Städten und Gemeinden an das Land abzuführen ist, verblieben bei unseren Kommunen insgesamt 175,6 Mio. € an Gewerbesteuer. Das sind 2,1 Mio. € weniger als im vergangenen Jahr. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung können wir aber hoffen, dass diese Steuern nicht weiter zurückgehen.

Probleme bereiten den Kommunen auch die Einkommensteuer-Anteile. Das rückläufige Aufkommen - mit bedingt durch Steuererleichterungen - führt zu Einnahmeausfällen von über 9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Statt 145 Mio. € sind nur noch knapp 136 Mio. € in den Gemeindekassen eingegangen. Bei den anderen Steuerarten ergeben sich leichte Zuwächse.

Wenn wir die maßgeblichen Steuereinnahmen nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes in die Kreisumlagegrundlagen umrechnen, kommen wir für 2011 auf einen Wert von 355 Mio. €. Das sind 16 Mio. € weniger als im vergangenen Jahr. Nicht nur die rückläufigen Steuern sind für diese Entwicklung verantwortlich. Auch der Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich führt zu sinkenden Umlagegrundlagen. Haben die Gemeindegemeinschaften 2010 noch 5,3 Mio. € betragen, so können die Städte und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises im kommenden Jahr nur noch mit 4,7 Mio. € rechnen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es auch für 2011 nicht möglich, einen Haushalt vorzulegen, dessen

Erträge sämtliche Aufwendungen abdecken. Aufgrund der guten Ergebnisse der Jahre 2008 und 2009 wird es jedoch gelingen, die geplanten Defizite der Jahre 2010 und 2011 auszugleichen. Damit sind die Rücklagen voraussichtlich aufgebraucht. Hätten wir diese Rücklagenvorsorge nicht, dann müssten wir uns nicht nur über ein Konsolidierungsprogramm unterhalten, sondern wir müssten trotz der kritischen Finanzlage der meisten unserer Kommunen auch über eine kräftige Kreisumlageerhöhung sprechen, die die Finanzkraft auf die härteste Probe stellen würde. Doch das bleibt uns allen erspart. Den für die Finanzen in unseren Städten Verantwortlichen empfehle ich, all das zu bedenken, bevor sie eifertig zur Kreis- oder Schulumlage die falschen Schlüsse ziehen.

Außerdem schadet ein Blick auf die Statistiken der kommunalen Spitzenverbände nichts, weil wir keinen Vergleich scheuen müssen.

Deshalb ist es kleinliches Gezeter, wenn sich einzelne Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorschnell über die Umlagen äußern: In ihren Kommunen investiert der Kreis stärker, als deren Finanzkraft es jemals zuließe, in die Bildungseinrichtung Schule. Im Übrigen sollte sich jeder einmal den Sozial- und Umweltbericht für die einzelnen Städte anschauen und überlegen, warum die Transferleistungen so und nicht anders sind. Da müssten manche Kritiker angesichts ihrer eigenen Politik, die zu manchen Missständen geführt hat, sehr kleinlaut werden.

Trotz alledem: Wir haben ein erfolgreiches Jahrzehnt mit den stärksten Investitionen zum Beispiel im Schulwesen hinter uns, hinzu kommt ein immenses Engagement in der Bildung, den Kliniken, den Sozialeinrichtungen, der öffentlichen Sicherheit, der Kultur, dem Umweltschutz und der Naherholung. Wir haben mehr als 500 Mio. investiert, das Landratsamt in unser Eigentum gebracht und die Verschuldung mit ca. 300 Mio. Euro im Griff behalten.

Wir sind der Kreis mit einem gesunden, qualitativen Wachstum, in dem die Menschen sich wohlfühlen. In anderen Regionen und Kreisen in Hessen muss inzwischen darüber nachgedacht werden, Schulen, Turnhallen und Kirchen zu schließen. Das alles ist uns mehr als fremd. Deshalb, der MTK ist ein starker, gut aufgestellter Kreis, und das soll er auch bleiben.

Ja, wir sind der „Wohlfühlkreis der Region“! Und an diesem Qualitäts- und Markenzeichen werden wir uns auch in der Zukunft mit einer verantwortungsvollen Politik orientieren. Alle Studien, Benchmarks, wie auch die jüngste Hertie-Studie geben uns recht, vor allem aber die Zufriedenheit der Menschen in unserem MTK. Wir alle können stolz sein auf das Erreichte und schöpfen daraus die Kraft und die Zuversicht, daran erfolgreich weiter zu arbeiten. Das alles ist eine Gemeinschaftsleistung von politischer Führung, Kreisausschuss, Kreistag und der Verwaltung mit

ihren Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Richten wir den Blick nach vorne.  
Wir profitieren nach wie vor von der starken Wirtschaftskraft unseres Standorts und müssen alles tun, damit es auch so bleibt.

Zu den wesentlichen Eckdaten des Etats 2011:

Der Ergebnishaushalt hat ein Volumen von rund 312 Mio. € und schließt mit einem Fehlbedarf von rund 32,1 Mio. € ab - der, wie gesagt, am Jahresende ausgeglichen werden kann.

Im Vergleich zum aktuellen Haushaltsplan für 2010, der einen Fehlbedarf von rund 11,2 Mio. € aufweist, verschlechtert sich somit dieser Etatentwurf um 20,9 Mio. €.

Um die Belastungen im Kreishaushalt für Schulen, schulische Einrichtungen, Schülerbeförderung und andere schulische Produkte auszugleichen, müssen wir den Schulumlagehebesatz um 1,6 Prozentpunkte auf jetzt 16,1 Prozent anheben. Wir haben ganz spitz und nachvollziehbar gerechnet.

Die Notwendigkeit für diese moderate Anhebung sind gestiegene Personal- und Sachkosten, höhere Abschreibungen aufgrund neuer Gebäude und Einrichtungen sowie der Ausbau der internen Leistungsverrechnung, mit der der Verwaltungsaufwand verursachungsgerecht zugeordnet wird. Darüber hinaus sinkt der Wert eines Punktes der Kreis- und Schulumlage von 3,7 Mio. € im Jahr 2010 auf nur noch 3,5 Mio. €.

Trotz des Fehlbedarfs im Erfolgsplan von mehr als 30 Mio. € hat der Kreisausschuss darauf verzichtet, die Kreisumlage anzuheben. Dieser Entschluss hat vor allem zwei Gründe: zum einen können wir im Jahr 2011 das Defizit nochmals aus unserer Rücklage ausgleichen. Zum anderen sollen die Kommunen nach hessischen Plänen eine neue Kompensationsumlage an das Land zahlen, um bei schwächeren Kreisen und kreisfreien Städten die wegfallenden Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer auszugleichen. Da wollen wir bei unseren Städten und Gemeinden nicht noch eine weitere Last draufsatteln. Ob wir das aber auch für 2012 durchhalten werden, wird von der Entwicklung der Kommunal Finanzen abhängen. Unser starker Standort im prosperierenden Ballungsraum lässt uns da zumindest hoffen.

Trotzdem müssen wir den Mut und die Kraft aufbringen, durch diesen Schritt zu einem genehmigungsfähigen Haushalt für 2011 zu kommen, damit die Verlässlichkeit des MTK auch durch eigenes Handeln verdeutlicht wird. Ich finde es beschämend, sich erst von der Staatlichen Aufsicht zu Kreis- oder Schulumlagerhöhungen zwingen zu lassen - nur, weil oft der politische Mut zur Selbstverantwortung fehlt. Das haben wir auch in schwierigen Jahren nicht getan. Diese Entscheidung liegt nach den Haushaltsberatungen beim Kreistag, in Ihrer Hand.

Der Finanzhaushalt zeigt die Ein- und Auszahlungen, die für das nächste Jahr geplant sind, und weist den voraussichtlichen Finanzbestand Ende 2011 aus.

Für Investitionen sind Auszahlungen von 48,4 Mio. € eingeplant, darunter fallen auch Restabwicklungen der Konjunkturprogramme im Schulbau. Gegenüber 2010 steigen die Investitionen um insgesamt mehr als fünf Millionen Euro.

Über Finanzmittel aus laufender Verwaltungstätigkeit, die für diese Investitionen verwendet werden könnten, werden wir auch im kommenden Jahr nicht verfügen. Zur Finanzierung der Investitionen bleibt deshalb nur der Weg über Kredite. Rechnen wir die Gemeindezuweisungen für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Sporthallen und andere Investitionszuweisungen ein, bleibt ein Kreditbedarf von rund 41,9 Mio. €. Eine Nettoneuverschuldung ist in Höhe von rund 35,3 Mio. € geplant. Der Haushaltsplan weist damit Ende des kommenden Jahres rund 328 Mio. € Schulden aus.

Nun zu den wichtigsten Positionen im Ergebnishaushalt 2011:

Eine für die Kreisfinanzen bedeutende Einnahme fällt künftig weg: die Grunderwerbsteuerzuweisungen. In den vergangenen Jahren brachte uns das durchschnittlich 9,7 Mio. € jährlich. Wie ich bereits ausgeführt habe, will die Landesregierung die Grunderwerbsteuerzuweisungen für Landkreise und kreisfreie Städte von 2011 an komplett streichen.

Um die Verluste teilweise auszugleichen, sollen die kreisangehörigen Kommunen eine Kompensationsumlage zahlen, mit der die Schlüsselzuweisungen der Landkreise und kreisfreien Städte verstärkt werden. Nach Vorausberechnung des Landkreises Waldeck-Frankenberg ist mit einer Umlage in Höhe von 1,74 % der Kreisumlagegrundlagen zu rechnen. Durch die Stärkung der Schlüsselzuweisungen werden vornehmlich finanzschwächere Kreise und kreisfreien Städte entlastet. Der Main-Taunus-Kreis erhält wegen seiner Finanzkraft derzeit nur die Mindestschlüsselzuweisung und wird deshalb keinen Anteil an der Kompensationsumlage erhalten. Halten wir fest: Dem Kreis brechen pro Jahr mehr als 9 Mio. € weg, und die Städte und Gemeinden müssen mehr als 6 Mio. € Kompensationsumlage aufbringen. Das sind unterm Strich mehr als 15 Mio. €, die der kommunalen Ebene im Kreis fehlen.

Der Kreis ist Sozial- und Jugendhilfeträger. Seit meiner ersten Haushaltsrede 1999 habe ich nahezu jedes Jahr auf steigende Belastungen in diesem Bereich hinweisen müssen. Auch das Haushaltsjahr 2011 bricht nicht mit dieser Tradition. An direkten oder indirekten Hilfen für die betroffenen Menschen sind zusammen 193 Mio. € veranschlagt. Dazu

zählen Transferleistungen, Personal- und Sachkosten. Berücksichtigen wir die Erträge, summiert sich der Zuschuss im Sozialetat auf 130 Mio. €. Das sind 7 Mio. € mehr als im laufenden Jahr.

Der Löwenanteil am Zuschussbedarf des Sozialertrags kommt aus der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband, nämlich deutlich mehr als 40 Prozent. Der LWV wird die Umlage nach derzeitigem Stand wohl auf 15,8 Prozent erhöhen müssen. Er begründet das unter anderem mit einer höheren Zahl von Behinderten, die Eingliederungshilfe erhalten, und mit Einbußen bei dem kommunalen Finanzausgleich. Für uns bedeutet das 3,7 Millionen Euro zusätzlich, die wir an den LWV abführen müssen, so dass wir in der Summe 56,3 Mio. € zahlen werden.

Die im Teilhaushalt 50 für Arbeit und Soziales veranschlagten Belastungen haben ein Volumen von 50,5 Mio. €. Das ist nicht viel weniger als die Zahlung an den LWV. Gegenüber 2010 errechnet sich ein Anstieg um 2,7 Mio. €.

Zu Buche schlagen auch immer höhere Zahlen von so genannten Bedarfsgemeinschaften. Im aktuellen Haushaltsplan haben wir die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II beziehen, mit 4.500 eingeplant. Wir werden im laufenden Jahr aber wohl 4.600 Fälle betreuen müssen, und es gibt Hinweise, dass es im Jahr 2011 sogar 4.750 Fälle sein werden. Dieser Wert liegt der Kalkulation für die aufzuwendenden Leistungen zugrunde.

Neben den laufenden Leistungen übernimmt der Bund mit einem Anteil von 23 % die Kosten der Unterkunft. Die erhöhten Fallzahlen, aber auch steigende Miet- und Mietnebenkosten führen im Wesentlichen zu einem Zuschussbedarf von 22,1 Mio. €. Gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr entspricht dies einem Anstieg um 2,1 Mio. €.

Für Jugendhilfeleistungen haben wir 23,0 Mio. € veranschlagt. Für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Förderung in Tageseinrichtungen stehen insgesamt 3,6 Mio. € zur Verfügung.

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Monate und Jahre fortsetzen. Wie Sie dem Jugendhilfebericht für das Jahr 2009 entnehmen können, liegt die Versorgungsquote von Kindern unter 3 Jahren mittlerweile über 24 %. Der Main-Taunus-Kreis liegt damit weiter über dem Landes- und Bundesschnitt. Nach der Realisierung der bisher bekannten Maßnahmen und Projekte wird die Versorgungsquote weiter ansteigen und über dem für 2010 beschlossenen Ausbauziel von 26 % liegen. Das Ziel, diese Quote bis 2013 auf 35 % zu erhöhen, könnte in unserem Kreis bereits früher erreicht werden. Die vom Land Hessen und vom Europäischen Sozialfonds bereit gestellten Mittel unterstützen unsere Anstrengungen und werden erfolgreich eingesetzt.

Die Ausgaben wachsen besonders bei den stationären und teilstationären Leistungen. Wegen steigender Fallzahlen und steigender Tarife klettert der Zuschussbedarf in diesem Bereich um 380.000 € auf 9,9 Mio. €.

Und schließlich stellen wir 6,7 Mio. € für ambulante Leistungen bereit. Anpassungen an das Vorjahresergebnis lassen im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe und der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung die Aufwendungen ansteigen. Auch 2011 werden wir im Bereich des Kinderschutzes alles tun, um unsere Kinder vor Schaden zu bewahren.

Meine Damen und Herren,  
in der Eröffnungsbilanz des Main-Taunus-Kreises, die Ihnen vorliegt, ist das Vermögen des Kreises aufgeführt. Unser wichtigstes Vermögen als Dienstleister werden Sie dort jedoch vergeblich suchen: den Menschen. Auch wenn technische Hilfsmittel Tätigkeiten erleichtern oder abnehmen - den Kontakt mit unseren Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, halten die Bediensteten. Sie sind es, die Anträge aufnehmen und bescheiden. Von ihnen wird Rat erwartet. Und schließlich: sie sind es, die die Produkte unseres Haushaltsplanes mit Leben erfüllen und die gesteckten Ziele erreichen.

Bei der Frage, ob Personal eingespart werden kann oder zusätzliches benötigt wird, müssen immer die zu erbringenden Leistungen und Produkte an erster Stelle der Überlegungen stehen. Wenn Quantitäts- und Qualitätsziele vorgegeben werden, ist auch entsprechendes Personal notwendig.

Sicher wäre es für die Zukunft besser, wenn sich die Antrag stellenden Fraktionen selbst über die personellen Folgen, Sachausgaben wie Miete und Ausstattungen und bleibende Belastungen späterer Jahre ein Bild machen würden, als im Wettbewerb von Anträgen die Solidität und Nachhaltigkeit späterer Haushaltsjahre auszublenden, um sich dann später lautstark und öffentlich vermeintlich werbewirksam über den zu beschweren, der diese Aufgaben und Aufträge zu schultern hat.

Ein gutes Beispiel ist die Betreuung an Grundschulen. Mit der Verabschiedung der Konzeption wurde die Betreuung der Grundschul Kinder bedarfsgerecht ausgeweitet. Die Betreuung wird in die Nachmittagsstunden verlängert, es wird ein Essen gereicht, und es ist auch Betreuung während der Schulferien vorgesehen. Diese zusätzlichen Aufgaben können ohne zusätzliches Personal nicht erledigt werden. Eigenes Personal verursacht höhere Personalkosten, durch Dritte erbrachte Leistungen lassen die Sachkosten ansteigen.

Die Deckelung von Personalkosten oder die Begrenzung von tatsächlich besetzten Stellen, wie es das Hessische Innenministerium vorsieht, kann vor diesem Hintergrund nicht die Lösung sein. Nur Aufgabenkritik hilft weiter: können wir bestimmte Leistungen oder Produkte noch erbringen und wenn ja, mit welcher Qualität?

Wie im vergangenen Jahr haben wir angesichts der finanziellen Situation sämtliche Anmeldungen für zusätzliche Stellen oder Stellenanhebungen auf den Prüfstand gestellt und auf das Nötigste begrenzt. Der Haushalt 2011 sieht insgesamt 46 Mio. € für Personal vor, im Vergleich zum aktuellen Haushalt eine Steigerung um 2,7 Mio. €.

Bei genauerem Hinsehen relativiert sich allerdings dieser Zuwachs:

Die Umsetzung der für die Beamten beschlossenen Besoldungserhöhung zum 1. März diesen Jahres ist nun für 12 Monate berücksichtigt. Auch die für die Jahre 2010 und 2011 beschlossenen Tarifierhöhungen des TVöD inklusive der beschlossenen Einmalzahlungen mussten wir einplanen. Alleine dadurch werden im kommenden Jahr fast 1,2 Mio. € Mehrkosten verursacht.

Das Personal, das bislang im Wirtschaftsplan der Organisation Rettungsdienst geführt wurde, ist mit den Stellen und Personalkosten ab 2011 bei Produkt 3802 im Haushaltsplan eingegliedert. Außerdem wird die Schulverwaltung für die Liederbachschule vom kommenden Jahr an durch den Kreis wahrgenommen. Die hierdurch entstehenden Personalkosten von insgesamt 908.000 € werden bei den Erstattungen und Zuschüssen eingespart und stellen damit keine zusätzliche finanzielle Belastung dar.

Damit sind alle Grundschulen wieder in der Verwaltung des Kreises. Bei kritischer Betrachtung konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich feststellen, dass die durch den Kreis verwalteten Schulen ohne Umwege über die städtischen Haushalte schneller und effizienter gemanagt worden sind und die Sanierung, Nachrüstungen oder Neu- und Anbauten unkomplizierter abgewickelt werden konnten. Das nur zu dem Thema des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und einiger Städte, die sich bemüht fühlen, die Schulen in eigener Regie zu verwalten. Wir haben unsere Erfahrungen gemacht, und die sprechen Bände.

Schließlich steigt der Personaletat durch die Änderungen im Stellenplan 2011 um 861.000 €. Auch im kommenden Jahr ist mit einer wachsenden Zahl von Menschen zu rechnen, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Im Sozialbereich haben wir deshalb Vorkehrungen getroffen und die Stellenzahl der Beschäftigten erhöht. Im Bereich des SGB II werden diese Stellen aber erst besetzt, wenn nachgewiesen ist, dass die Fallzahlen tatsächlich entsprechend steigen. Im Schulbereich werden - wie bereits angesprochen - durch Erweiterungen der Betreuungsangebote zusätzliche Stellen notwendig.

Zur Konsolidierung, Verringerung des Defizits und mit Blick auf einen soliden Haushaltsausgleich im kommenden Jahr haben wir auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

überprüft. Die danach verbleibende Erhöhung verteilt sich auf eine Vielzahl von Positionen aus allen Produkten. Der überwiegende Teil sind vertragliche Verpflichtungen, auf die nicht ohne weiteres verzichtet werden kann, etwa Wartungsverträge oder Schulbudgets. Auch bei der Unterhaltung der Gebäude, Außenanlagen, Straßen und Geräte wollen wir uns auf das unbedingt Notwendige beschränken, ohne dass wir diese Vermögenswerte vernachlässigen. Im Haushalt 2011 stehen dafür fast 15 Mio. € bereit.

Nach den vorläufigen Zahlen für den Abschluss 2009 haben die beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte des Kreises ein Volumen von rund 585 Mio. €. Nach der Planung werden sich diese Werte 2010 und 2011 um weitere 60 Mio. € erhöhen.

Für Abschreibungen sind rund 9,8 Mio. € eingeplant. Ihnen stehen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von rund 1,9 Mio. € gegenüber, die für die erhaltenen Investitionszuweisungen und -zuschüsse zu bilden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die aus Mitteln des Sonderinvestitionsprogramms des Landes Hessen sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes finanzierten oder bezuschussten Investitionsmaßnahmen werden planmäßig realisiert. Wir liegen gut in der Zeit. Von den insgesamt bewilligten Zuschüssen und Darlehen in Höhe von 33,4 Mio. € waren Mitte September rd. 17,4 Mio. € investiert, für bezogene Leistungen ausgegeben und weitere 11,6 Mio. € durch Aufträge gebunden.

Abgeschlossen sind die Anschaffungen zur Verbesserung des Lernumfeldes, für die Pauschalmittel gewährt wurden. Kurz vor dem Abschluss stehen die Bauvorhaben:

- ✓ Energetische Sanierung der Comeniuschule in Eppstein
- ✓ Erweiterung der Sophie-Scholl-Schule in Flörsheim
- ✓ Erweiterung der Eddersheimer Schule in Hattersheim sowie
- ✓ Gesamtanierung der Georg-Kerschensteiner-Schule in Schwalbach

Der Erweiterungsbau der Konrad-Adenauer-Schule inklusive der neuen 3-Feld-Halle soll zum Schuljahresbeginn 2011/12 eröffnet werden. Gemeinsam mit elf anderen Projekten, die wir im Jahr 2011 weiterführen, sorgen wir nach besten Kräften dafür, dass dieses Projekt im vorgegebenen Zeitrahmen fertig wird. Dass wir das Konjunkturprogramm über Zusatzprojekte und vorgezogene Bauvorhaben in dieser Zeit und Größenordnung für den Kreis genutzt haben, verdient höchsten Respekt gegenüber unseren verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herzlichen Dank.

Für 2011 weist die Prioritätenliste 6 neue Bauprojekte aus, die wir planerisch in Angriff nehmen wollen:

- Sicherheits- und Brandschutzaufgaben machen die Sanierung des sogenannten Freizeithauses an der Gesamtschule am Rosenberg Hofheim erforderlich.
- Der Altbau der Riedschule Flörsheim, die auf ihr 100-jähriges Bestehen zurückblicken kann, wird umfangreich saniert. Außerdem sollen neue erforderliche Räume für die pädagogische Mittagsbetreuung geschaffen werden.
- Auch in der Liederbachschule werden neben Sanierungsarbeiten zusätzlich Räume geschaffen. Zusätzlich zur pädagogischen Mittagsbetreuung sind Räume für den Unterricht nötig.
- In Bad Soden sind aufgrund der Schülerentwicklung der Neubau einer Grundschule und einer Sporthalle vorgesehen. Voraussetzung ist, dass die Stadt die entsprechenden Grundlagen für das Bauland und die Erschließung zeit- und kostengerecht schafft.
- Die Sporthalle der Albert-Einstein-Schule in Schwalbach muss saniert werden. Auch damit wird im kommenden Jahr begonnen.

Schließlich sind für 2011 noch Planungskosten für zwei Vorhaben vorgesehen: zum einen soll die Erweiterung der Main-Taunus-Schule geplant werden. Dabei werden auch die Erweiterung der Brühlwiesenschule um zwei Bildungsgänge, die Planung einer 3-Feld-Sporthalle sowie der Abriss und Umsetzung der Kfz-Werkstatt als Voraussetzung für diese Maßnahme einbezogen. Voraussetzung ist, dass nach dem langen Hin und Her auch das Baurecht im Bebauungsplan der Stadt Hofheim geschaffen wird. Ich bin da sehr zuversichtlich.

Als weiteres Projekt sind Planungskosten für die Erweiterung der Westerbachschule in Eschborn etatisiert.

Dass wir auch nach 2011 in weitere Bauvorhaben im Schulbereich investieren, sanieren und modernisieren wollen, zeigt ein Blick in das Investitionsprogramm. Mit einem Gesamtvolumen von 32,1 Mio. € sind dort Sanierungen, Erweiterungen von Schulgebäuden und der Neubau einer Sporthalle vorgesehen. Ob das realisiert wird, ist davon abhängig, ob entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können. Unter Umständen werden wir das zeitlich strecken müssen und dafür das Wünschenswerte vom absolut Notwendigen, die Kür von der Pflicht trennen.

Die weitere Sanierung der Haustechnik im Landratsamt steht ebenfalls auf der Agenda. Wir haben den Ablauf bis 2014 etwas gestreckt. Das ist auch den begrenzten finanziellen Ressourcen geschuldet. Da gibt es Ziele, die geboten wären: den Energieverbrauch im Landratsamt reduzieren,

noch effizientere Strukturen im Sozialbereich schaffen, auf die Container am See verzichten. Diese Ziele aber sind nur mit weiteren Investitionen zu erreichen. Aber auch wenn zum Beispiel eine schnelle Sanierung am Landratsamt wünschenswert ist: Vorrang haben die Investitionen an unseren Schulen - und damit für unsere Kinder. Da gibt es bei den Prioritäten keinen Zweifel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns noch einen Blick in die Finanzplanung der kommenden Jahre werfen. Wie entwickeln sich die Kreisfinanzen weiter?

Die Orientierungsdaten des Hessischen Innenministeriums lagen so rechtzeitig vor, dass wir jetzt auch eine entsprechende Planung vorlegen können. Grundsätzlich haben wir die Werte übernommen. Dort, wo aufgrund der besonderen Situation des Main-Taunus-Kreises die hessenweiten Zahlen nicht zutreffen, haben wir sie angepasst. Bei der Prognose der Kreisumlagegrundlagen haben wir entsprechend den Erfahrungen vergangener Jahre eine günstigere Entwicklung ab dem Jahr 2012 unterstellt. Allgemeine Preissteigerungen sind mit einem Prozent jährlich berücksichtigt.

Aus heutiger Sicht können wir erst 2014 wieder einen Überschuss erwirtschaften, weitere Schulden tilgen und einen Teil unserer Investitionen finanzieren. Für die Umsetzung des umfangreichen Investitionsprogramms sind deshalb nach der Planung weitere neue Kredite notwendig. Wir sollten es auch in der Zukunft so halten, dass wir nur dann von den Kreditermächtigungen Gebrauch machen, sofern wir das nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können.

Wir haben die Gesamtverschuldung in einem verantwortbaren Verhältnis zu den hohen Investitionen und den mit ihnen verbundenen Zins- und Tilgungsleistungen gehalten – und damit sind wir stets gut gefahren. Unser Kreditportfolio ist auch ohne Kunstgriffe mit Derivaten in einem sauberen, ausgewogenen, die Zinsentwicklung berücksichtigenden Verhältnis. Insoweit liegen wir mit unseren aufzuwendenden Zinsleistungen bei 4 % in der Breite. Das ist außergewöhnlich gut und verantwortungsvoll auch mit Blick auf die nächste Generation. Da können Sie weit suchen, um dieses stabile Verhältnis des Zins- und Tilgungsdienstes zu finden.

Wie sich die Schulden voraussichtlich entwickeln werden, sehen wir in dieser Graphik. Der Anstieg der Schuldenstände wäre nur durch Abstriche bei den Investitionen im Schulbereich vermeidbar. Aus heutiger Sicht wäre das allerdings das falsche Signal. Mit unseren Aufträgen arbeiten wir für eine gute Zukunft unserer Kinder und leisten einen Beitrag, wichtige Arbeitsplätze im Handwerk und in Dienstleistungsberufen zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wie ich schon eingangs umschrieben habe: Unsere Probleme hätten manch andere Kreise gerne. Die

Wirtschaftskraft des Main-Taunus-Kreises im ökonomischen Zentrum Hessens lässt uns manchen Sturm überstehen und uns auch optimistisch in die Zukunft blicken. Das Land muss uns nur machen lassen! Was wir aber durch die erwähnten Einbußen alleine bei der Grunderwerbsteuer zu verkraften haben, ist ein Beleg dafür, wie durch Umverteilung das Land die Hand an den wirtschaftlichen Herzmuskel dieses Ballungsraumes legt. Hier fließt zwar in der Tat mehr Gewerbe- und Einkommenssteuer in die Kassen als etwa in Mittel- oder Nordhessen; aber wir bieten auch eine ganz andere Infrastruktur, an die völlig andere Anforderungen gestellt werden. Wir müssen nur einmal an die Kosten für Grundstücke, Arbeitslöhne, die Bildungsstandorte, die Kultur, die Verkehrsvernetzung des Ballungsraumes mit seinen vielfältigen regionalen Gesellschaften, Vereinen und Initiativen denken. Einen Großteil dieser Einrichtungen müssen wir bieten, damit die Wirtschaftsleistung mit ihren Nebeneffekten erbracht werden kann, damit viele Pendler aus Mittel- und Nordhessen hier ihre Einkommen auf hohem Niveau verdienen können, während sie in etwas größerer Entfernung preisgünstigere Lebenshaltungs- und sonstige niedrigere Kostenbelastungen und obendrein noch weit geringere Umweltlasten haben. Das wird auch von vielen meiner hessischen Kollegen und der Mittel- und Nordhessen-Lobby, auch im Landtag, völlig ausgeblendet.

Wenn die Starken geschwächt werden, heißt das noch lange nicht, dass die Schwachen gestärkt werden. Am Schluss könnten wir alle verlieren, und das Land hat sich mit seinen fiskalischen Aderlässen im noch vitalen Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main einen Bärendienst erwiesen. Solche Bestrebungen drohen auch das Ballungsraumgesetz auszuhöhlen, das auf starke Kreise und Kommunen setzt, die sich in Eigenverantwortung zusammenraufen, um in sachorientierter Kooperation die gemeinsamen Herausforderungen anzugehen.

Wir im MTK haben einen erstklassigen Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort, das muss hier trotz allen Lamentos über die Lage der kommunalen Finanzen eindeutig festgehalten werden. Wir haben steigende Einwohnerzahlen, gegen den Trend in vielen Landkreisen. Das zeigt, wie attraktiv wir sind. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Klappern gehört zum Handwerk: Wir arbeiten kontinuierlich daran, die „Marke MTK“ weiterzuentwickeln. Wir haben in den vergangenen Jahren unser Standortmarketing konsequent verstärkt, wir haben unsere Fühler weit ausgestreckt, unsere Partnerschaften mit Solihull in England und Loudoun County in Amerika weiterentwickelt. Wir sind dabei, Kontakte ins italienische Salerno zu vertiefen. Über die internationale Standortmarketing-Agentur der Region sind wir weltweit aktiv, um im Wettbewerb auch für den MTK zu werben. Wir sind neben Frankfurt einer der internationalsten Gewerbe- und

Wohnstandorte mit fast 200 unterschiedlichen Nationalitäten. Deshalb verstehe ich manche engmaschigen Diskussionsbeiträge unserer politischen Mitbewerber nicht, wenn es gilt, für diese Vorteile zu werben. Ich trete genauso für die Teilnahme und Teilhabe an nationalen und internationalen Gewerbemessen der Stadt Frankfurt, wie auch Eschborn, Schwalbach oder Hattersheim ein. Nur Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, zerreden immer wieder das regionale Engagement und die Arbeit in den diversen Gesellschaften, in denen der MTK vertreten ist. Da wünsche ich mir etwas mehr Souveränität in der Debatte.

Obwohl von SPD und Grünen seit fast einem Jahrzehnt bestritten, sind wir auch innerhalb der Region weiter vorangekommen beim Kulturfonds etwa, wie die Expressionistenausstellung in Frankfurt, Darmstadt und Hofheim dieses Jahr zeigt. Da ist etwas Einmaliges entstanden, an dem in der Fachwelt und der Kulturszene in Deutschland und darüber hinaus nicht gezweifelt wird. Für eine Reform der politischen Strukturen im Ballungsraum mit einem Regionalvorstand sind weitere Zeichen gesetzt. Das zeigt, dass wir nach wie vor keinen schwerfälligen Regionalkreis oder gar Stadtkreis Frankfurt brauchen, sondern dass wir uns durch partnerschaftliche Zusammenarbeit bei großen Zielen miteinander arrangieren können, ohne unsere kleineren, schlagkräftigen, bürgernahen Einheiten aufzugeben. Reden Sie mal mit ihren Kollegen in Darmstadt-Dieburg, der Wetterau oder anderswo und lassen sich von ihnen überzeugen.

Es gibt genug jenseits unserer Kreisgrenzen anstehende Herausforderungen, die wir annehmen werden. Wir haben die Kraft und die Kompetenz dazu. Dieser Haushalt 2011 - ein Haushalt der Kontinuität, Stärke, des Selbstvertrauens und des Selbstbewusstseins unseres Kreises - bietet mehr Chancen als Risiken. Er ist solide trotz des auftretenden Defizits, denn wir arbeiten kontinuierlich weiter auf einem Weg, der sich bisher als richtig erwiesen hat. Auch unter schwierigen Bedingungen sollten wir unsere gemeinsamen Fähigkeiten und Möglichkeiten nutzen, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Das wird sicher mein letzter Etat sein, den ich Ihnen als Landrat und Kämmerer vorlege. Trotz unterschiedlicher politischer Bewertungen in den vergangenen Jahren haben sich auch unsere politischen Mitbewerber auf der kommunalen Ebene auf mich verlassen können. Und aus vielen Einzelgesprächen weiß ich, dass die Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und die hauptamtlichen Stadträte oder ehrenamtlichen Kommunalpolitiker unterschiedlicher Couleur dies auch zu schätzen wissen. Deshalb danke ich auch Ihnen für die meist reibungslose und zielorientierte Zusammenarbeit in der Sache, die uns auch über den politischen Tellerrand hinaus menschlich verbindet. Das ist etwas, mit dem sich der MTK von anderen wohltuend abhebt, und dieses Miteinander ist nicht selbstverständlich.

Behalten wir, trotz mancher Unterschiede, die unsere Diskussionen belebt und uns anspornt, die großen Gemeinsamkeiten im Blick. Davon haben wir im MTK eine ganze Menge. Auch deshalb wünsche ich uns allen eine gute Beratung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Berthold R. Gall